

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16041
Dienstag, 27. April 2021

EU-Agrarministerrat macht Verhandlungsangebot für den Trilog	1
EU-Agrarrat: Wojciechowski wirbt für Freihandelsabkommen	2
AMA überweist Restzahlungen für Ländliche Entwicklung und Direktzahlungen	3
Köstinger: Kalbfleischstrategie wird konsequent umgesetzt	5
Schmuckenschlager: Bäuerliches Wirtschaften muss sich auch rechnen	6
Strasser/Schmiedtbauer: EU-Pläne zur Hofschlachtung sind noch nicht ausgereift	8
Kartoffelmarkt: Lagerabbau schreitet im Inland stetig voran	8
Heimische Züchter folgen dem Trend nach klimafitten Sojasorten	9
Viktoria Brandner ist neue steirische Landesbäuerin	10
Genussland Oberösterreich wiederholt erfolgreiche Muttertagsaktion	11
LK Burgenland und Obstbauverband starten gemeinsame Info- und Imagekampagne	11
Eurasische Wirtschaftsunion erleichtert Zuckereinfuhren	12

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



EU-Agrarministerrat macht Verhandlungsangebot für den Trilog

Portugiesischer Ratsvorsitz erwartet Abschluss der GAP-Reformdebatte im Mai

Brüssel, 27. April 2021 (aiz.info). - Die EU-Mitgliedstaaten kommen in den Verhandlungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dem Europaparlament etwas entgegen. Das Kompromissangebot der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft zur Grünen Architektur akzeptierten die meisten Landwirtschaftsminister auf ihrer Videokonferenz am Montag. "Wir sind auf einem guten Weg zum Abschluss im Mai", betonte die portugiesische Ratspräsidentin **Maria Do Ceu Antunes** nach der Debatte über die GAP-Reform. Auf dem Trilog am kommenden Freitag sollen die großen Kontroversen über die Grüne Architektur auf den Tisch kommen. Den Durchbruch in den Reformverhandlungen planen die Portugiesen in einem Super-Trilog am 25. und 26. Mai in Brüssel, der parallel zu einem EU-Agrarministerrat stattfinden soll. Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** wies darauf hin, dass das besondere Engagement bei den ländlichen Förderprogrammen beim Mindestprozentsatz für die Eco-Schemes berücksichtigt werden müsse. * * * *

Der EU-Agrarrat besteht nicht mehr auf einem Anteil der Eco-Schemes von 20% an den Direktzahlungen, wie in der gemeinsamen Position im Oktober 2020 noch festgelegt. Eine Mehrheit der Minister kann sich auch auf einen Mindestanteil von 25% ab dem Jahr 2025 einlassen und von 22% in einer Lernphase in den Jahren 2023 und 2024. Die EU-Mitgliedstaaten lehnen die vom Europaparlament geforderten 30% für die Eco-Schemes ab. Sie befürchten, dass bei einer zu reichlichen Mittelausstattung für die neuen jährlichen Umweltprämien Gelder verloren gehen, wenn die Landwirte nicht in ausreichendem Maße mitmachen.

Griechenland, Kroatien, Zypern, Ungarn und Rumänien wollen es bei der Ratsposition belassen und nicht mehr als 20% für die Eco-Schemes in der 1. Säule der GAP bereitstellen. Die baltischen Länder bemängeln ihre niedrigen Direktzahlungen unter dem EU-Durchschnitt, von denen nicht noch erhebliche Teile für die Eco-Schemes abgezweigt werden dürften. Köstinger wies darauf hin, dass das besondere Engagement bei den ländlichen Förderprogrammen beim Mindestprozentsatz für die Eco-Schemes berücksichtigt werden müsse. **Beate Kasch**, Staatssekretärin im deutschen Landwirtschaftsministerium, wies darauf hin, dass die Umweltprämien von Landwirten nur dann abgerufen werden, wenn sie nicht nur die Kosten von Umweltauflagen abdecken, sondern auch eine Anreizkomponente enthalten.

Entgegenkommen auch bei den nichtproduktiven Ackerflächen

Etwas Flexibilität legen die EU-Mitgliedstaaten auch bei den Grundanforderungen für den Erhalt der Direktzahlungen an den Tag. Einen Mindestanteil von 3% an nichtproduktiven Ackerflächen im Rahmen der Konditionalität wollen die Minister auf 4% erhöhen. Erlauben EU-Mitgliedstaaten den Anbau von Zwischenfrüchten und Leguminosen auf den nichtproduktiven Flächen, erhöht sich der Prozentsatz auf 5, von denen 3% stillgelegt werden müssen. Das Europaparlament fordert, dass auf 5% des Ackerlandes weder chemische Pflanzenschutzmittel noch Düngemittel verwendet werden. Einen Pufferstreifen von mindestens drei Metern an Gewässern, wie vom EU-Parlament gefordert, lehnen viele EU-Mitgliedstaaten ab. Sie argumentieren mit bestehenden nationalen Auflagen, die zum Teil über die drei Meter hinausgehen und wollen sich von der EU keine genauen Vorschriften machen lassen.

Bei der Umverteilung der Direktzahlungen zugunsten von kleineren Betrieben gingen die Minister ebenfalls auf das Kompromissangebot der Präsidentschaft ein. Danach müssen die EU-Mitgliedstaaten entweder eine Obergrenze einführen (Capping), die Direktzahlungen in Großbetrieben prozentual kürzen (Degression) oder über eine Umverteilungsprämie kleinere Betriebe stärker berücksichtigen. Mit einer Auswahl aus den drei Maßnahmen kommen die EU-Mitgliedstaaten besser zurecht als mit einer generellen Verpflichtung. Ungarn verwendet zum Beispiel das Capping und möchte darüber hinaus nicht zu einer Umverteilungsprämie verpflichtet werden.

Gleichzeitig brachte Köstinger eine Initiative für EU-weit verpflichtende Mindesthaltungsanforderungen in der Putenmast ein (aiz.info berichtete). "Es handelt sich dabei um die einzige Tierkategorie, für die es noch keine Mindeststandards für alle Mitgliedstaaten gibt. Das benachteiligt Länder wie Österreich - in denen es sehr strenge Vorschriften gibt - massiv im Wettbewerb", forderte Köstinger die EU-Kommission auf, entsprechende Gesetzesvorschläge zu erarbeiten. (Schluss) mö

EU-Agrarrat: Wojciechowski wirbt für Freihandelsabkommen

Mercosur-Vertrag soll überarbeitet werden

Brüssel, 27. April 2021 (aiz.info). - Trotz der wirtschaftlichen Einbußen durch Corona habe sich der Agrarhandel mit Drittländern im Jahr 2020 belebt. Die Exporte mit Agrarrohstoffen und Lebensmitteln seien um 1,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, die Importe um 0,5%, betonte EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** auf der Videokonferenz der EU-Agrarminister. Einen Zuwachs bei den Ausfuhren der EU-27 habe es vor allem bei den Lieferungen nach China, in die Schweiz, den Mittleren Osten und nach Nordafrika gegeben. Das habe sich auch stabilisierend auf die Preise von Agrarerzeugnissen in der EU ausgewirkt, die zumeist wieder über dem Niveau vor der COVID-Krise lägen. Vor allem habe sich die schwierige Situation auf den Märkten für Schweinefleisch und für Geflügel wieder gebessert. * * * *

Bestehende und künftige Freihandelsabkommen hätten einen entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen Wohlergehen des EU-Agrarsektors, zeigte sich Wojciechowski überzeugt. Das Mercosur-Abkommen sei ausgewogen und von Vorteil für die EU, beteuerte der EU-Agrarkommissar gegenüber der überwiegend kritischen Ministerrunde im Rat. Das Abkommen biete dem EU-Agrarsektor zusätzliche Absatzmöglichkeiten und schütze die sensiblen Bereiche. Um die Durchsetzung in der EU zu ermöglichen, verhandle die EU-Kommission mit den Südamerikanern über weitere Zugeständnisse zum Schutz des Regenwaldes. Der Mercosur-Vertrag werde überarbeitet und anschließend den EU-Mitgliedstaaten und dem Europaparlament vorgelegt. Das Abkommen mit Mexiko biete dem EU-Agrarsektor ebenfalls zusätzliche Absatzmöglichkeiten und werde den EU-Mitgliedstaaten demnächst zur Abstimmung unterbreitet. Anmerkung: Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** bekräftigte beim Agrarrat einmal mehr das klare österreichische Nein zum Handelsabkommen Mercosur.

Fortschritte bei Handelsabkommen mit Chile

In den Verhandlungen der EU um ein Freihandelsabkommen mit Chile gebe es Fortschritte. Die Chilenen strebten noch in diesem Jahr einen Abschluss an. In den Gesprächen mit Australien und Neuseeland wolle die EU möglichst viele geografische Angaben absichern, bevor man in die Verhandlungen über die Marktöffnung einsteige, berichtete der Kommissar. Der Vorteil von Handelsabkommen für den EU-Agrarsektor sei auch wissenschaftlich untersucht worden, argumentierte Wojciechowski und verwies auf die jüngste Studie des Joint Research Centers (JRC). Die Experten gingen davon aus, dass bestehende und geplante Handelsabkommen der EU die Agrarexporte um fast ein Drittel erhöhen können. Die Studie mache allerdings auch auf sensible Bereiche in der Landwirtschaft aufmerksam, die mit Einfuhrkontingenten geschützt werden müssten, schränkte Wojciechowski ein.

Schließlich ginge es darum, die erhöhten Auflagen und Produktionsstandards aus dem Green Deal der EU-Kommission auf dem Weltmarkt abzusichern. In internationalen Gremien wie der G-20 und der Welthandelsorganisation (WTO) müsse verstärkt über nachhaltige Nahrungsmittelketten gesprochen werden. Umweltstandards für die europäischen Landwirte aus der "Farm to Fork"-Strategie dürften durch Billigimporte nicht unterlaufen werden. Die EU werde deshalb in den Handelsabkommen dafür sorgen, dass die Lebensmittelerzeugung neben dem Pariser Klimaabkommen im Nachhaltigkeitskapitel ihren festen Platz bekomme. (Schluss) mö

AMA überweist Restzahlungen für Ländliche Entwicklung und Direktzahlungen

Rund 1,9 Mrd. Euro an Ausgleichszahlungen im Antragsjahr 2020

Wien, 27. April 2021 (aiz.info). - Am 28. April 2021 erfolgen planmäßig die Restzahlungen von rund 112 Mio. Euro für das Österreichische Agrarumweltprogramm ÖPUL 2015, rund 64 Mio. Euro für die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AZ) und rund 1,5 Mio. Euro für Direktzahlungen. Die Hauptauszahlung für das ÖPUL (75%), die AZ (75%) und die Direktzahlungen für das Antragsjahr 2020 fand bereits am 17. Dezember 2020 statt. * * * *

Günter Griesmayr, Vorstandsvorsitzender der AMA: "In Summe wurden für das Jahr 2020 von der AMA über 160.000 Anträge für EU-Ausgleichszahlungen bearbeitet und rund 1,9 Mrd. Euro zur Auszahlung gebracht. Zusätzlich wurde im Bereich der Abwicklung des Härtefallfonds für die Landwirtschaft und Privatzimmervermieter ein Großteil der Anträge bereits ausgezahlt."

Die Zahlungen für das ÖPUL 2015 und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sind im Wesentlichen auf die Restzahlung in Höhe von 25% für das Antragsjahr 2020 zurückzuführen. Darüber hinaus wird auch bereits die Einarbeitung von diversen Korrekturen und Einsprüchen in den Berechnungsergebnissen berücksichtigt.

Im Rahmen des ÖPUL 2015 werden freiwillige, über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, die Biologische Wirtschaftsweise sowie Tierschutzmaßnahmen gefördert. Die Landwirte verpflichten sich hierbei zu einer mindestens fünfjährigen Bewirtschaftung gemäß den Förderbedingungen.

Im Zuge der AZ erhalten Betriebe im benachteiligten Gebiet eine Abgeltung für die erhöhten Bewirtschaftungskosten der landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Abgeltung wird individuell anhand der tatsächlichen Erschwernis berechnet. Für das Antragsjahr 2020 erfolgt bei den Direktzahlungen die Überweisung an jene Betriebe, die bei der Dezember-Auszahlung noch keine Zahlung erhalten haben, sowie Zahlungen aufgrund von Nachberechnungen (z. B. Nachzahlungen aufgrund eingearbeiteter Beschwerden).

32,6 Mio. Euro für Projektförderung

Zeitgleich erhalten Betriebe am 28. April im Rahmen der "Ländlichen Entwicklung - Projektförderung" rund 32,6 Mio. Euro. Ein großer Teil davon betrifft die Maßnahme "Investition in die landwirtschaftliche Erzeugung".

Zahlungen im Rahmen des Härtefallfonds für die Land- und Forstwirtschaft und Privatzimmervermieter

Ebenso kommt es zu diesem Termin zu Auszahlungen im Rahmen des Härtefallfonds (Umsatzersatz) von rund 3,4 Mio. Euro. Für den Verlustersatz Betriebszweig Schwein werden rund 11 Mio. Euro und für den Verlustersatz Betriebszweig Kartoffeln rund 412.000 Euro überwiesen.

Mitteilungen und Bescheide

Die Mitteilungen und Bescheide zu den Abrechnungen werden am 5. Mai 2021 versendet. Darin wird einzelbetrieblich genau erläutert, wie sich die jeweiligen Auszahlungsbeträge konkret zusammensetzen und errechnen. Wesentlich ist, dass für allfällige Beschwerden gegen Bescheide oder Einsprüche gegen Mitteilungen die Frist mit der Zustellung zu laufen beginnt. Nähere Informationen zu den Auszahlungsbeträgen können aus den einzelnen Merkblättern der AMA (insbesondere Prämienhöhen oder -auflagen im Detail) entnommen werden.

Informationen unter www.eama.at

Die Auszahlungsbescheide und Mitteilungen sind zwei bis drei Tage nach dem Versand betriebsbezogen auf der Internetseite www.eama.at im Bereich "eArchiv" einsehbar. Ebenso kann im Register "Flächen" der detaillierte ÖPUL 2015-Abrechnungsreport abgerufen beziehungsweise im Register "Kundendaten" der aktuelle Stand des AMA-Förderkontos eingesehen werden.

Zusätzlich bietet die AMA unter 050 3151 99 eine Telefonhotline an, außerdem stehen die Mitarbeiter der Landwirtschaftskammern für Fragen zur Verfügung. (Schluss)

Köstinger: Kalbfleischstrategie wird konsequent umgesetzt

Förderung für Erzeugung von Qualitätsrindfleisch wird auf Kälbermast ausgeweitet

Wien, 27. April 2021 (aiz.info). - Österreich gehört zu den Ländern mit den höchsten Tierwohl- und Lebensmittelstandards. Um die Kälbertransporte in EU-Staaten zu reduzieren, ist die österreichische Kalbfleischstrategie im "Pakt für mehr Tierwohl in der produzierenden Landwirtschaft" verankert. Zentrale Elemente sind dabei die Aufnahme der Qualitätsstandards "Vollmilchkalb" und "Kalb rosé" ins AMA-Gütesiegel und die Ausweitung der bestehenden Förderung für die Erzeugung von Qualitätsrindfleisch ("Qplus Rind") auf die Kälbermast. "Dieses Programm starten wir jetzt", teilt Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** mit. "Die Kalbfleischstrategie ist unser Weg, wie wir Tierwohlstandards erhöhen und gleichzeitig unsere Eigenversorgung absichern", so Köstinger. * * * *

Tiertransporte reduzieren

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl geschlachteter Kälber in Österreich fast halbiert (2000: rund 105.000 Stück; 2019: 55.000 Stück). Im Jahr 2018 wurde mehr als doppelt so viel Kalbfleisch importiert wie österreichische Kälber exportiert wurden. Umgerechnet sind das mehr als 100.000 Kälber, die in Form von Kalbfleisch eingeführt, und beinahe 50.000 Tiere, die lebend aus dem Land exportiert wurden. Der Grund dafür ist, dass etwa niederländisches Kalbfleisch um die Hälfte günstiger ist als österreichisches. "Eine nachhaltige Verbesserung kann nur gelingen, wenn die zu höheren Standards erzeugten österreichischen Produkte auch von den Konsumenten gekauft werden. Genau an diesem Punkt setzt der Tierwohl-Pakt mit der österreichischen Kalbfleischstrategie an", erläutert die Ministerin.

Qualitätsstandard "Vollmilchkalb" und "Kalb rosé" in AMA-Gütesiegel aufgenommen

Der Tierwohl-Pakt enthält zwei konkrete Maßnahmen, um die heimische Kalbfleischproduktion zu unterstützen: Die erste sieht die Aufnahme der Qualitätsstandards "Vollmilchkalb" und "Kalb rosé" in das AMA-Gütesiegel (Modul "Qplus") vor und, darauf aufbauend, entsprechende Absatzförderungen und Vermarktungsstrategien.

Ab jetzt können somit Bäuerinnen und Bauern mit ihrer Kälbermast in das "Qplus Rind"-Programm einsteigen. Die Qualitätsstandards sind festgelegt, die Förderungen für die Teilnahme werden bereits 2022 ausbezahlt. Dabei werden die Teilnahmegebühren zur Gänze erstattet. Mit diesem Programm wird ein einheitliches und qualitativ hochwertiges Erzeugnis aus regionaler Produktion aufgebaut - für Vollmilchkälber erhalten die Landwirte einen Gütesiegel-Aufschlag von rund 30 Cent/kg. In den nächsten Jahren sollen 10.000 Kälber über diese Qualitätsschienen vermarktet werden.

Förderung aufgestockt

Die zweite Maßnahme betrifft die Ausweitung der bestehenden Förderung für die Erzeugung von Qualitätsrindfleisch auf die Kälbermast. Die Förderung für das Programm "Qplus Rind" wurde auf 7 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt. Teilnehmende bäuerliche Betriebe können spätestens ab Herbst für ihre Vollmilch- und Kalb rosé-Kälber diese Förderungen beantragen. Die Auszahlung ist 2022 gemeinsam mit der Förderung "Qplus Rind" vorgesehen. Kleinere Betriebe mit fünf bis 20 vermarkteten Kälbern können pro Jahr mit rund 1.000 Euro an zusätzlicher Unterstützung rechnen.

Köstinger: Mit höheren Tierwohlstandards von Billigprodukten abheben

"Dieses Projekt ist mir ein Herzensanliegen. Wir schaffen es damit, nicht nur unabhängiger von Fleischimporten zu werden, sondern unterstützen auch unsere Bäuerinnen und Bauern. Wer heimisches Kalbfleisch kauft, der trägt zur Reduktion von Kälbertransporten bei. Mit höheren Tierwohlstandards heben wir uns außerdem klar von importierten Billigprodukten ab. Kalbfleisch aus Österreich schmeckt nicht nur besser, es schont durch kurze Transportwege doppelt das Klima", betont Köstinger.

Heimische Produktion stärken und Wertschöpfung im Land absichern

"Die Kalbfleischstrategie ist ein höchst notwendiger Schritt, um die heimische Produktion zu stärken und die Wertschöpfung im eigenen Land abzusichern. Wollen wir eine nachhaltige Kalbfleischerzeugung forcieren, müssen wir eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bis auf den Teller umsetzen", unterstreicht **Stefan Lindner**, Obmann der Rinderzucht Austria (ZAR).

"Tierwohl ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Erzeugung und Verarbeitung, Handel und Verbraucher bilden eine Wertschöpfungskette, die ein nachhaltiges Bekenntnis und langfristige Perspektiven verlangt. Qualitativ hochwertiges und den österreichischen Tierschutzstandards entsprechendes Kalbfleisch im Inland zu produzieren und zu vermarkten, ist unser Ziel. Dabei wollen wir auch eine Steigerung des Absatzes in Gastronomie sowie Gemeinschaftseinrichtungen erreichen", ergänzt der Salzburger Agrar-Landesrat **Josef Schwaiger**. (Schluss)

Schmuckenschlager: Bäuerliches Wirtschaften muss sich auch rechnen

Biodiversität und Produktivität dürfen nicht im Widerspruch stehen

St. Pölten, 27. April 2021 (aiz.info). - Am Montag, 26. April, tagte die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) NÖ in St. Pölten. Themen waren unter anderem die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Produktivität und Biodiversität und einer Leistungsabgeltung für zusätzliche, freiwillige Umweltleistungen, die zügige Umsetzung einer gesetzlich verpflichtenden Herkunftskennzeichnung durch den neuen Gesundheitsminister sowie der dringend notwendige Beschluss des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG). * * * *

Vor einem Jahr hat sich die Vollversammlung der LK NÖ nach der Landwirtschaftskammerwahl neu konstituiert. Kurz zuvor hat die Corona-Pandemie Österreich erreicht. COVID-19 hat zwar die Arbeit beziehungsweise den Arbeitsalltag der Kammerorganisation, sowohl der Funktionäre als auch der Mitarbeiter, geprägt, nicht aber die Themen.

Gemeinsame Agrarpolitik muss sowohl Stabilität als auch Flexibilität gewährleisten

"Bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik muss die Unterstützung der bäuerlichen, produktionsorientierten Familienbetriebe, wie wir sie in Österreich haben, im Mittelpunkt stehen. Denn bäuerliches Wirtschaften, das über Generationen geht, funktioniert nur, wenn sich ökologische Maßnahmen auch wirtschaftlich rechnen", betont **Johannes Schmuckenschlager**, Präsident der LK NÖ, und erklärt: "Zum einen müssen die Direktzahlungen der 1. Säule Sicherheit für die Betriebe und damit eine entsprechende Stabilität für die Bäuerinnen und Bauern gewährleisten. Zum anderen soll ein modularer Aufbau des Agrarumweltprogrammes in der 2. Säule mit einem starken Investansatz eine gewisse Flexibilität ermöglichen. Das heißt, es sollen Anreize für die Landwirte geschaffen werden, zusätzliche Umweltleistungen zu erbringen - und diese müssen auch abgegolten werden."

Dieses System findet durchaus Zuspruch. Bestätigt wird das unter anderem durch das Österreichische Umweltprogramm, das seit 1995 laufend weiterentwickelt wird und an dem heute mehr als 90% der niederösterreichischen Betriebe teilnehmen. "Die Bäuerinnen und Bauern leisten dadurch einen immens wichtigen Beitrag zur Biodiversität und Artenvielfalt. Wichtig ist aber, dass die Praxistauglichkeit des Agrarumweltprogrammes erhalten bleibt und dass Biodiversität und Produktivität nicht im Widerspruch stehen. Alles andere würde die Versorgungssicherheit in unserem Land aufs Spiel setzen", sagt Schmuckenschlager. LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** bekräftigt das: "Gerade die Corona-Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig die Selbstversorgung mit Lebensmitteln für Österreich, aber auch für Europa ist. Die Landwirtschaft ist nicht nur systemrelevant, sie ist relevant für das Überleben. Es sind die Bäuerinnen und Bauern, die die Regale füllen. Wir müssen jederzeit in der Lage sein, uns selbst zu versorgen", so Pernkopf.

Herkunftskennzeichnung zügig umsetzen

Geht es um die Herkunftskennzeichnung, findet Schmuckenschlager ebenfalls klare Worte: "Hier sind wir noch nicht am Ziel. Es liegt nun am neuen Gesundheitsminister, die im Regierungsprogramm vereinbarte gesetzliche Herkunftskennzeichnung zügig umzusetzen." Ebenso müsse die behördliche Kontrolle der Herkunft von Lebensmitteln stärker berücksichtigt werden.

EAG rasch beschließen

Die Chancen im Bereich der Erneuerbaren Energien werden konkreter. Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz befindet sich derzeit in Begutachtung, Schmuckenschlager fordert einen raschen Beschluss: "Um ein Erreichen des 100%-Ökostrom-Zieles bis 2030 zu ermöglichen, muss der Anteil an erneuerbaren Energien in Österreich erhöht werden." Wesentlich ist es, bestehende Biomasseanlagen abzusichern und den Ausbau von Neuanlagen zu ermöglichen. Insbesondere geht es darum, Perspektiven für den Ausbau von "Grünem Gas" zu schaffen.

Über die Vollversammlung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer

Die Vollversammlung ist das höchste Entscheidungsgremium der Vertretung der Landwirtschaft in Niederösterreich. Sie besteht aus 40 Mitgliedern, die gleichzeitig als Landeskammerräte Funktionen ausüben. Die Vollversammlung dient der Beratung und Beschlussfassung aller Angelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, soweit nicht der Hauptausschuss oder der Präsident zuständig sind. (Schluss) - APA OTS 2021-04-27/09:22

Strasser/Schmiedtbauer: EU-Pläne zur Hofschlachtung sind noch nicht ausgereift

Vorschlag greift nicht weit genug und ist immer noch praxisfern

Wien/Brüssel, 27. April 2021 (aiz.info). - Noch im April legt die EU-Kommission einen neuen Gesetzestext vor, mit dem sie größere Flexibilität bei der Schlachtung von Schweinen, Rindern und Pferden am Herkunftsbetrieb gewähren möchte. "Unser Appell nach mehr Tierwohl, kürzeren Transportwegen und mehr regionalen Wertschöpfungsketten wurde in Brüssel gehört. Das ist auch ganz im Sinne der europaweiten 'Farm to Fork'-Strategie. Mit diesem zahnlosen Vorschlag hat sich unsere Vermutung aber leider bestätigt, dass die EU-Kommission ihre eigene 'Farm to Fork'-Strategie nicht ernst genug nimmt", kritisieren Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** und **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der ÖVP, den Vorschlag der EU-Kommission zur Schlachtung am Hof. * * * *

"Der Vorstoß zur Schlachtung am Hof greift nicht weit genug. Es fehlt der Bezug zur Praxis, außerdem werden kleinere Betriebe offensichtlich benachteiligt. Strenge Hygienebestimmungen sowie amtliche Kontrollen bei Schlachtung und Ausblutung am Hof führen zu horrenden Kosten und bringen das vielversprechende Projekt Hofschlachtung schon von vornherein zum Scheitern. Diese Vorschriften sind für unsere Bauernfamilien eine zu große Hürde. Um Transportwege einzusparen, brauchen wir weniger bürokratische Stolpersteine", fordert Strasser eine Nachbesserung und fügt hinzu: "Wer weniger Tiertransporte will, muss unseren Bauern die Schlachtung am Hof ermöglichen."

"Die EU-Kommission kommt einer lang stehenden Forderung der Landwirtschaft nach und erweitert die Möglichkeiten bei der Schlachtung am Hof - aber nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben. Kleinere landwirtschaftliche Betriebe werden davon kaum profitieren können. Mit den anfallenden Tierarztkosten rentiert sich die Schlachtung am eigenen Betrieb oft nicht mehr. Als Praktikerin fordere ich praxistaugliche Lösungen. Die EU-Kommission muss sich an ihre eigenen Ziele erinnern. Die 'Farm to Fork'-Strategie setzt richtige Akzente: Weg von den Massenschlachteinheiten wieder hin zu kürzeren Kreisläufen und Regionalität - für mehr Tierwohl, Klimaschutz und Wertschöpfung am Land. Auf diesem Weg müssen wir auch die kleinen und mittleren Betriebe mitnehmen", so Schmiedtbauer. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Lagerabbau schreitet im Inland stetig voran

Exportmarkt hat sich belebt - Erzeugerpreise unverändert

Wien, 27. April 2021 (aiz.info). - Der heimische Speisekartoffelmarkt wird weiterhin von einem großen Angebot geprägt. Händlern zufolge reichen die verfügbaren Mengen noch zumindest bis Anfang Juni. Der Lagerabbau schreitet zwar dank anhaltend guter Nachfrage im Lebensmitteleinzelhandel stetig voran, die stark eingeschränkte Absatzmöglichkeit über Gastronomie und Tourismuswirtschaft wirkt sich aber dementsprechend negativ auf den Gesamtabsatz aus, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit. * * * *

Der Exportmarkt hat sich, nach entsprechendem Entgegenkommen bei den Preisen, zuletzt doch etwas belebt. Bei den Erzeugerpreisen gab es keine Änderung zur Vorwoche, tendenziell bleibt aber ein gewisser Preisdruck bestehen. In Niederösterreich werden für mittelfallende Ware meist 12

Euro/100 kg gezahlt. Übergrößen sowie Ware, die vorrangig für den Export bestimmt ist, werden um 5 bis 8 Euro/100 kg übernommen. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 18 Euro/100 kg zu erzielen.

Auch in Deutschland hat sich die Marktlage bei den Speisekartoffeln im Vergleich zur letzten Woche nicht wesentlich verändert. Mit zunehmender Lagerdauer steigen zwar die Absortierungen, dennoch kann weiterhin auf ein reichliches Angebot zurückgegriffen werden. Der eingeschränkte Bedarf kann daher gut abgedeckt werden, und mit jeder weiteren Verlängerung der Lockdown-Maßnahmen schwinden die Hoffnungen auf Impulse aus Gastronomie und Tourismuswirtschaft. Zusätzlich nehmen die Importmengen von Frühkartoffeln aus dem Mittelmeerraum im Einzelhandel und insbesondere bei den Discountern stetig zu. Die Erzeugerpreise werden daher auf dem Niveau der Vorwoche fortgeschrieben. Im Bundesdurchschnitt waren für qualitativ einwandfreie Speisekartoffeln zuletzt meist zwischen 10 und 11 Euro/100 kg zu Erlösen. (Schluss)

Heimische Züchter folgen dem Trend nach klimafitten Sojasorten

Anteil österreichischer Sorten in der menschlichen und tierischen Ernährung steigt

Wien, 27. April 2021 (aiz.info). - Heimische Sojabohnenzüchter begegnen der zunehmenden Nachfrage nach Lebensmitteln auf pflanzlicher Basis, nach GVO-freier Tierfütterung sowie nach Saatgut für den Sojaanbau mit neuen ertragsstarken wie auch klimafitten Sorten und tragen so zu regionalen Wertschöpfungsketten bei. Der Anteil österreichischer Sojazüchtungen in der Sortenliste sowie in der Versorgung mit pflanzlichem Eiweiß für die menschliche Ernährung und mit heimischem Tierfutter wächst kontinuierlich. 2020 wurden hierzulande fünf der zehn neuen Sojabohnensorten von österreichischen Züchtern entwickelt. In der Sortenliste beträgt der Anteil heimischer Sojasorten nun 35%. "Die Anbauflächen mit Sojabohnen haben im vergangenen Jahr den historisch zweithöchsten Wert nach dem Rekordjahr 2019 erreicht. Im Bio-Bereich ist die Fläche sogar um weitere 2.140 ha angestiegen, womit der Bio-Anteil auf knapp 40% angewachsen ist. Damit ist Österreich klarer globaler Spitzenreiter beim Bio-Sojaanbau. Dank österreichischer Züchtungsfortschritte sind die Erträge seit Jahren auf einem hohen Niveau", erklärt **Michael Gohn**, Obmann von Saatgut Austria. *

* * *

Aufgrund der steigenden Bedeutung der Sojabohne ist diese Kulturart auch Teil des Projektes "Klimafit", das Saatgut Austria gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und den Ländern durchführt. Insgesamt wurden dabei 98 Sojabohnenversuche an 20 Standorten mit unterschiedlicher Trockenstress-Intensität angelegt. "Mit dem Projekt 'Klimafit' schaffen die österreichischen Pflanzenzüchter die Voraussetzung, dass den Landwirten künftig vor allem hitze- und trockenheitstolerante Sorten zur Verfügung stehen", so Gohn. Die Saatgutwirtschaft leiste damit einen wichtigen Beitrag zu einer höheren Effizienz in der Landwirtschaft, zu einer nachhaltigeren Bewirtschaftung sowie zu einem hohen Selbstversorgungsgrad Österreichs und Europas. (Schluss)

Viktoria Brandner ist neue steirische Landesbäuerin

Berg- und Almbäuerin aus der Kleinsölk will Mutmacherin für innovative (junge) Bäuerinnen sein

Graz, 27. April 2021 (aiz.info). - Die Ennstaler Berg- und Almbäuerin **Viktoria Brandner** wurde heute einstimmig von den zwölf Bezirksbäuerinnen und den Landeskammerrätinnen zur neuen steirischen Landesbäuerin gewählt. Sie folgt in dieser Funktion Auguste Maier, die zehn Jahre mit großem Einsatz und Engagement die Anliegen der steirischen Bäuerinnen vertrat. Brandner ist damit in einer Schlüsselposition zur Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in der Steiermark. * * * *

Starke Persönlichkeit zur Interessenvertretung

"Mit Viktoria Brandner als Landesbäuerin gewinnt die steirische Landwirtschaft eine starke Persönlichkeit zur Vertretung der Anliegen der Bäuerinnen. Als Bäuerin und Mutter kennt sie die heutigen Herausforderungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie im ländlichen Raum genau und bringt damit Expertise sowie Erfahrung in ihre Arbeit ein", gratuliert Landwirtschaftskammer-Präsident **Franz Titschenbacher** zur Wahl.

Neues Bild der Bäuerin als geerdete Unternehmerin und Agrarexpertin schaffen

Ein Herzensanliegen der neuen Landesbäuerin ist es, (jungen) innovativen Bäuerinnen Mut für ihre neuen Wege zu machen und Innovationen auf den landwirtschaftlichen Betrieben zu unterstützen. "Breit aufgestellte Betriebe haben es nicht nur in Krisenzeiten einfacher. Neue Ideen von der Vermarktung bis hin zu touristischen Konzepten sowie Programme zur Bewusstseinsbildung wie 'Schule am Bauernhof' werden in Zukunft noch wichtiger sein, um ein entsprechendes Einkommen zu erwirtschaften", unterstreicht die neue Landesbäuerin. Und sie will ein neues Bild der Bäuerinnen in der Öffentlichkeit schaffen. Brandner: "Die Bäuerinnen von heute sind neben der Arbeit in Haus und Hof vor allem auch geerdete, selbstbewusste Unternehmerinnen, Agrarexpertinnen sowie moderne Frauen."

Zur Person

Viktoria Brandner (39) besuchte die Höhere Bundeslehranstalt Bad Ischl und ist Mutter von vier teilweise schon erwachsenen Kindern. 1999 übernahm sie gemeinsam mit ihrem Gatten Karl den Bergbauernhof in Kleinsölk. Der im Nebenerwerb geführte landwirtschaftliche Betrieb ist auf Bio-Milchviehhaltung (gefährdete Rinderrasse Tiroler Grauvieh) sowie auf Almwirtschaft mit Direktvermarktung, insbesondere von Ennstaler Steirerkäse und Sauerrahmbutter, ausgerichtet. Neben den Rindern werden auch Schafe und seit Kurzem Pferde der Rasse Noriker gezüchtet.

Bäuerinnen-Organisation Steiermark

Die Bäuerinnen-Organisation Steiermark ist ein Zusammenschluss der Bäuerinnen in der Landwirtschaftskammer und die überparteiliche Interessenvertretung der rund 39.000 Bäuerinnen in dem Bundesland. Mehr als 850 Funktionärinnen engagieren sich in den 287 steirischen Gemeinden. Die Arbeitsschwerpunkte der Bäuerinnen-Organisation reichen von Aktivitäten rund um Lebensmittel über Schulaktionstage bis hin zum Thema Lebensqualität am Bauernhof. Zudem organisiert die Bäuerinnen-Organisation jährlich mehr als 700 Bildungsveranstaltungen speziell für Bäuerinnen zu

Themen wie Unternehmensführung, Persönlichkeitsbildung, Interessenpolitik sowie Gesundheit und Ernährung. (Schluss) - APA OTS 2021-04-27/14:07

Genussland Oberösterreich wiederholt erfolgreiche Muttertagsaktion

Kostenlose Getränkespezialität zu jeder Essensbestellung

Linz, 27. April 2021 (aiz.info). - Die Öffnung der Gastronomie wurde den Österreicherinnen und Österreichern bereits in Aussicht gestellt, einen Vorgeschmack darauf will das Genussland Oberösterreich mit der Neuauflage seiner Muttertagsaktion aus dem Vorjahr bieten. "Zu jeder Essensbestellung am Muttertag (9. Mai) gibt es eine kostenlose Flasche Saft, Most, Wein, Bier oder Edelbrand von regionalen Genussland-Produzenten", kündigt Landesrat **Max Hiegelsberger** an. Dafür erhalten die Produzenten einen Kostenersatz. Diese Aktion stärkt regionale Partnerschaften zwischen Erzeugern und Wirten und macht auf das Lieferservice der Gastronomen aufmerksam. Während im Vorjahr 25 Wirte teilnahmen, haben sich heuer 45 gemeldet - eine Liste ist auf aiz.info einsehbar. Die Getränke kommen von insgesamt 15 Genussland-Erzeugern. (Schluss)

LK Burgenland und Obstbauverband starten gemeinsame Info- und Imagekampagne

Tafeln am Wegesrand machen auf wichtige Aufgaben der Obstbauern aufmerksam

Kukmirn, 27. April 2021 (aiz.info). - Landwirtinnen und Landwirte müssen täglich mit dem Wetter arbeiten und ihren Arbeitsalltag danach ausrichten. So auch, als wieder der Frost die Obstkulturen im Burgenland bedrohte und die bäuerlichen Erzeuger Frostschutzmaßnahmen ergriffen, um die Kulturen, ihre eigene Existenz und die Versorgung der Konsumenten mit regionalem Obst zu sichern. "Mit einer gemeinsamen Informations- und Imagekampagne machen die Landwirtschaftskammer (LK) und der Obstbauverband Burgenland die Bevölkerung auf die Herstellung regionaler Superfrüchte sowie deren Pflege aufmerksam und heben die wichtige Arbeit der heimischen Obstbauern hervor, um Verständnis dafür zu schaffen", so LK-Präsident **Nikolaus Berlakovich**. * * *

Über das gesamte Bundesland verstreut wurden bei Obstanlagen insgesamt 131 Infotafeln aufgestellt. Sie behandeln Themen wie den Einsatz von Nützlingen, Hagelschutznetzen und Pflanzenschutzmaßnahmen. Außerdem enthalten sie wichtige Informationen zu Frostschutzmaßnahmen sowie zur Bewässerung und machen auf die wichtige Bedeutung des Lebensraumes Obstgarten aufmerksam. "Wir wollen damit auch mit Vorurteilen aufräumen. Unsere Obstgärten schaffen Struktur und Abwechslung in der bäuerlichen Kulturlandschaft. Da sie schon viele Jahre tief verwurzelt in den Anlagen stehen, bilden sie auch einen stabilen Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten", berichtet **Adolf Nikles**, stellvertretender Obmann des Obstbauverbandes. (Schluss)

Eurasische Wirtschaftsunion erleichtert Zuckereinfuhren

Maßnahme soll Preise stabilisieren

Moskau, 27. April 2021 (aiz.info). - Der Rat der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) hat den Einfuhrzoll für Zucker im Rahmen der jeweiligen Importkontingente vorübergehend auf null gesetzt. Hintergrund ist ein deutlicher Anstieg der Zuckerpreise auf den Märkten in den Mitgliedsländern der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die Importkontingente belaufen sich auf 350.000 t für Russland sowie 134.400 t für Kasachstan, 40.000 t für Kirgisien und 22.400 t für Armenien. Für das fünfte Mitgliedsland, Weißrussland, ist die Maßnahme nicht vorgesehen. Der Regelzoll auf die Zuckereinfuhren in die EAWU beträgt 340 USD je t. Die Importerleichterung gilt vorerst für den Zeitraum 15. Mai bis 30. September 2021. Weitere für diesen Markt eventuell erforderliche Stabilisierungsmaßnahmen sollten im Juli erörtert werden, kündigte der Handelsminister der Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK), **Andrej Slepnow**, an. (Schluss) pom